

Antrag

Initiator*innen: Angela Büttner (KV München)

Titel: München braucht ein Integrationsmuseum

Antragstext

1 Liebe Mitglieder der Fraktion Die Grünen – Rosa Liste München,

2 ich möchte hiermit einen Antrag zur Einrichtung eines Museums zur
3 Integrationsgeschichte Deutschlands einreichen, das sich besonders auf den
4 Einfluss der Kolonialzeit auf die heutigen gesellschaftlichen und strukturellen
5 Herausforderungen im Bereich Migration konzentriert. Die Stadt München hat hier
6 durch ihren historischen Hintergrund eine besondere Verantwortung in diesen
7 aktuell sehr unsicheren Zeiten. Die Notwendigkeit eines solchen Museums ergibt
8 sich aus dem Bestreben, die Vielschichtigkeit und historischen Wurzeln von
9 Migrationsprozessen transparent zu machen und zugleich auf strukturellen und
10 institutionellen Rassismus aufmerksam zu machen.

11 Inspiriert durch das [Integrationsmuseum in Paris](#), das als Reaktion auf den
12 institutionellen und strukturellen Rassismus der 70er eingerichtet wurde,
13 glaube ich fest daran, dass ein vergleichbares Projekt auch in München einen
14 bedeutenden Beitrag zur Sensibilisierung und Aufklärung leisten kann.
15 Deutschland hat eine komplexe Integrationsgeschichte, die eng mit den kolonialen
16 Vergangenheiten verknüpft ist. Dieses Museum könnte eine Plattform bieten, um
17 diese Zusammenhänge zu verstehen und aufzuzeigen, wie sie bis heute die
18 Strukturen und Dynamiken in unserer Gesellschaft beeinflussen.

19 Der Fokus des Museums soll dabei auf der Überzeugung liegen, dass Migration mehr
20 ist als nur individuelle Schicksale. Vielmehr handelt es sich um ein
21 gesamtgesellschaftliches Phänomen, das sowohl historisch als auch gegenwärtig
22 durch strukturelle und institutionelle Rassismen geprägt ist. Das Museum soll
23 somit nicht nur als Ort der Information, sondern auch als Raum für Reflexion und

24 Dialog dienen. Es kann einen Beitrag zur Stärkung des Bewusstseins für die
25 komplexen Ursachen und Folgen von Migration leisten.

26 Der Standort des Museums sowie die Zusammenarbeit mit Expertinnen und Experten,
27 zivilgesellschaftlichen Organisationen und Vertreterinnen und Vertretern
28 verschiedener Communities sollten im Rahmen dieses Projekts sorgfältig geprüft
29 und berücksichtigt werden. Durch partizipative Ansätze können unterschiedliche
30 Perspektiven integriert und eine breite Akzeptanz in der Bevölkerung erreicht
31 werden.

32 Die Einrichtung eines Museums zur Integrationsgeschichte mit dem Fokus auf
33 kolonialen Einflüssen wäre ein wichtiger Schritt, um historische Zusammenhänge
34 zu verdeutlichen und gleichzeitig die Basis für eine inklusive und aufgeklärte
35 Gesellschaft zu fördern. Ich hoffe, dass dieser Antrag auf Ihre Unterstützung
36 stößt und bitte um die Einbringung dieses Vorhabens durch unsere Fraktion in den
37 Stadtrat.

Begründung

Ein Museum zur Integrationsgeschichte schafft Transparenz über die vielfältigen Einflüsse auf die Gesellschaft. Es geht weit über die Geschichte des Nationalsozialismus hinaus und verdeutlicht, dass Migration kein Einzelschicksal ist. Durch interaktive Exponate und multimediale Darstellungen ermöglicht es einen umfassenden Einblick in die historischen und aktuellen Facetten von Integration. Dies fördert Verständnis, Abbau von Vorurteilen und stärkt das Bewusstsein für die komplexen Ursachen und Auswirkungen von Migrationsprozessen.

Unterstützer*innen

Stephan Vorbrugg, Barbara Baums, Susanne Herrmann, Stefan Haas, Roswitha Schroeter, Lendita Musliji, Yvonne Marchewitz, Sandra Smolka, Johannes Mihram, Sophie Ahrenberg, Jenny Laube, Birgit Vasiliades, Simon Klimek, Sven-Torsten Gigler, Renate Spannig, Oliver Haas, Frederik Ostermeier, Michael Gaertner, Verena Matzner, Frank Dürsch, Gabriele Graswald-Vidovic

Antrag

Initiator*innen: AK Digitales und Gesellschaft (dort beschlossen am: 22.01.2024)

Titel: Mehr Unterstützungsangebote für kommunale Politiker:innen - Gegen Hass und Hetze

Antragstext

1 Die Stadtversammlung fordert die Stadtratsfraktion 'Die Grünen – Rosa Liste'
2 auf, sich im Stadtrat einzubringen, um zielgruppenspezifischere Angebote für den
3 Schutz der kommunalen Politiker:innen gegen Hass und Hetze zu etablieren.
4 Zielsetzung der zielgruppenspezifischen

5 Unterstützungsangebote soll sein:

6 a. Gewährleistung einer effektiven und zeitnahen Reaktion auf Notfälle wie z.B.
7 Hass-Angriffe auf Social Media.

8 b. Sicherstellung, dass die Kommunalpolitiker:innen schnell und angemessen auf
9 derartige Krisen reagieren können.

10 c. Vernetzung mit kommunalen und externen Expert:innen, die in der Lage sind,
11 schnell und effektiv auf diese Angriffe zu reagieren.

12 d. Hilfestellungen, um die Art und Tragweite des Angriffs, ggf. strafrechtlich
13 relevante Inhalte und mögliche Gefährdungspotenziale zu erkennen und in der dem
14 Angriff angemessenen Zeit den Kontakt zwischen den angegriffenen Kandidat:innen
15 und den richtigen Expert:innen herzustellen.

16 e. Vernetzung mit Sicherheitsdiensten, Rechtsberater:innen.

17 f. Koordination mit lokalen Behörden und Notfallorganisationen.

18 Sichtbare und insbesondere online schnell auffindbare Informationen und
19 Unterstützungsangebote werden durch begleitende Maßnahmen flankiert, etwa
20 Trainings für Kommunalpolitiker:innen, wie sie rechten und/oder verleumderischen
21 Inhalten auf Social Media sicher entgegentreten und ihre Kommunikationskanäle
22 vor Angriffen schützen. Weitere Schulungsinhalte betreffen Krisenmanagement und
23 -kommunikation sowie Sensibilisierung für mögliche Gefahren und
24 Herausforderungen in der Kommunalpolitik.

25 Zudem fordern wir, vorbeugende Maßnahmen und Tipps auszuarbeiten und den
26 Kommunalpolitiker:innen zur Verfügung zu stellen.

Begründung

Die aktuelle gesellschaftliche Lage zeigt deutlich auf, dass unsere Demokratie und alle, die für sie eintreten, immer mehr unter Druck geraten. Rechte Netzwerke werden auch in Zukunft massiv gegen einen demokratischen Wahlkampf und unsere Kandidat:innen online und vor Ort vorgehen. Auch andere Parteien werden zunehmend häufiger bedroht. Darauf müssen wir uns vorbereiten und unsere sowie alle demokratischen Kandidat:innen unterstützen. Daher fordern wir zielgruppenspezifischere Angebote für den Schutz der kommunalen Politiker:innen gegen Hass und Hetze. Denn nur, wenn wir unsere Vielfalt in unserer und anderer demokratischen Parteien schon vor dem ersten Mandat schützen, sind wir in der Lage, unsere Demokratie zu verteidigen. Es muss für die Menschen, die für unsere Demokratie antreten, selbstverständlich sein, dass sie die Möglichkeit haben, sich, ihre Wohnung und ihre Familienangehörigen vor Angriffen zu schützen.

Unterstützung von politisch Aktiven bei einer effektiven Krisenbewältigung stärkt das Vertrauen der Wähler:innen in die Demokratie und auch unsere Grünen Kandidat:innen während des Wahlkampfs.

Unterstützer*innen

Sven-Torsten Gigler, Michaela Mayer, Irina Freihart, Florina Vilgertshofer, Georg Ashton, Anja Salomon, Harald Rank, Stephan Vorbrugg, Judith Greif, Anna Weyand, Susanne Herrmann, Gabriele Masch, Irmgard Pfaffinger, Doris Wagner, Carmen Gräfe, Inga Maidorn, Renate Spannig, Barbara Baums, Kathrin Düdder, Marion Lüttig, Sabrina Kirchmaier, Lena Schneck, Kai Tanimura, Susanne Grohs-v. Reichenbach, Gisela Kainz, Martin Züchner, Anja Callam, Frederik Ostermeier, Nimet Gökmenoglu, Lendita Musliji, Jutta Koller, Karolina Novinscak Kölker, Simon Klimek, Harald Schmitt, Gabriele Graswald-Vidovic, Zaim Sari

Antrag

Initiator*innen: Andre Hermann

Titel: Antrag Gründung AK Öffentliche Sicherheit

Antragstext

1 Öffentliche Sicherheit wird häufig nur als polizeiliche Arbeit interpretiert,
2 auch weil der Begriff häufig mit der „Inneren Sicherheit“ verwechselt wird.
3 Öffentliche Sicherheit ist aber viel mehr als das: Es geht um den Schutz der
4 Bevölkerung vor z.B. Naturkatastrophen, Großschadenslagen.

5 Um diese Arbeit bestmöglich leisten zu können, ist die Arbeit der örtlichen
6 Gefahrenabwehr enorm wichtig: Feuerwehren, Rettungsdienst, Katastrophenschutz
7 und vieles mehr. Die Polizei ist nur eine Akteurin von vielen. Der Klimawandel
8 und die dynamische geopolitische Lage erfordert eine nicht polizeiliche
9 Gefahrenabwehr, die vernetzt und gut aufgestellt ist. Daher beantragen wir die
10 Bestätigung der Versammlung zur Gründung eines Arbeitskreises "Öffentliche
11 Sicherheit".

12 Bereits jetzt sind verschiedene Münchner Grüne mit Interesse an öffentlicher
13 Sicherheit vernetzt, mit der Gründung des Arbeitskreises möchten wir uns einen
14 formellen Rahmen innerhalb der Münchner Grünen geben, um so auch neue
15 Handlungsmöglichkeiten zu erschließen.

Begründung

1. Die Problemstellung

Fachlich

a) Wir haben ein Problem mit der Aktivierung von Ehrenamtlichen: gerade im städtischen Bereich fehlt es allen Hilfsorganisationen an ehrenamtlichem Personal. Bei einer Großschadenslage besteht das Risiko, dass gut. Hier gibt es diverse Konzepte, die weiterentwickelt werden könnten (z.B. gezielte Werbung unter Geflüchteten, Möglichkeiten für englischsprachige Menschen, "Spontanhelfende").

b) Aufgrund der aktuellen und veränderten geopolitischen Gefährdungslage rückt der Zivilschutz wieder in den Fokus. Zivilschutz ist zwar eine Bundesaufgabe, ABER die Kommunen sind elementarer Teil und müssen sowohl Einheiten als auch Konzepte stellen. Für diesen Bereich gibt es ebenfalls reichlich Ideen in den Organisationen, die harmonisiert werden können. Eine Zusammenarbeit mit relevanten landes- und bundespolitischen Initiativen in diesem Themenfeld trägt zur Harmonisierung bei.

c) Bevölkerungsschutz und Gefahrenabwehr ist die Sache der Kommune. Unsere Kreisverwaltungsreferentin macht hier eine gute Arbeit. Ein regelmäßiger Austausch zwischen den Organisationen, könnte weiter vertieft werden.

d) Fossile Energie: Die Gefahrenabwehr arbeitet fast ausschließlich mit fossilen Brennstoffen. Auch hier haben wir zahlreiche Konzepte, wie das verändert werden kann. Die betroffenen Organisationen haben Interesse gezeigt, daran zu arbeiten und würden sich gerne diesbezüglich koordinieren. Allerdings fehlt hier ein entsprechendes Forum.

Politisch/Strategisch

a) Laut infratest/dimap Umfrage zur Kompetenzzuschreibung bei der vergangenen Landtagswahl werden uns lediglich 2% Kompetenz beim Thema Innere Sicherheit zugesprochen. Das Problem: Die Rechten (u.a. die AFD) versuchen, diesen Raum zu besetzen, allerdings haben sie weder die entsprechenden Konzepte noch die Netzwerke. Das müssen und können wir stoppen, indem wir diesen Raum für uns beanspruchen und unsere Kompetenzen in diesem Bereich nutzen.

b) Viele Basismitglieder sind in Organisationen wie der Berufs- und der Freiwilligen Feuerwehr, dem Technischen Hilfswerk oder Hilfsorganisationen engagiert, wir möchten eine Plattform schaffen auf welcher dieses Engagement und Wissen mit grüner, politischer Arbeit verknüpft und koordiniert genutzt werden kann. Derzeit gibt es recht wenige AkteurInnen innerhalb der Grünen in diesem Themenbereich. Vor allem Katha macht hier viel, aber wir könnten viel mehr reißen, wenn wir gemeinsam und koordiniert vorgehen.

c) Wir sind die Partei, die die meisten Konzepte in diesem Bereich vorlegt. Wir haben dieses Thema auch verstärkt in unserem Regierungsprogramm. Bei der CSU wird hauptsächlich das Thema Innere Sicherheit (Polizei und die Bundeswehr) bedient, bei der AFD ist es ein wildes Schwurbeln, ohne konkreten Bezug.

2. Unsere Kompetenz

Die Grünen sind derzeit die einzige Partei, die sowohl Interesse an diesem Themenbereich als auch Initiative

zeigt. KollegInnen aus dem Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, die bisher nicht die Grünen gewählt haben, sind sehr von unseren Initiativen in dem Bereich überzeugt und werden dadurch angesprochen. Einige aus dem Bereich haben auch aufgrund unserer Initiativen in dem Fachbereich das Wahlverhalten geändert. Die Grüne Sicherheitskonferenz, , hat das große Interesse unserer Partei am Thema nochmals verdeutlicht. Derzeit sind die Grünen die Einzigen, die sowohl gute Konzepte als auch eine hohe Dichte an Personen mit Expertise haben.

3. Lösungsorientierung

Der AK soll dazu dienen, Konzepte weiterzudenken und neue zu entwickeln. Wir möchten ein koordinierendes Sprachorgan und eine Anwaltschaft für den Münchner Bevölkerungsschutz sein. Ein Bevölkerungsschutz, der noch effizienter und klimaschonender wird. Namhafte Führungspersonen von Münchner und bayerischen Organisationen haben ihr Interesse betont, bei solch einem Arbeitskreis als ExpertInnen beizutragen. Ziel ist es, ein runder Tisch und ein Sprachorgan für die Organisationen, ein Advokat und ein Centre of Excellence innerhalb der Münchner Grünen für den Bereich Gefahrenabwehr und Bevölkerungsschutz zu sein. Strategisches Ziel ist es, die Wahrnehmung unserer Grünen Kompetenz innerhalb der Bevölkerung zu steigern und vor allem diesen wichtigen Raum nicht den Rechten zu überlassen.

Unterstützer*innen

Korbinian Werner, Ursula Krusche, Irina Freihart, Angelika Ocelak, Sanne Kurz, Irmgard Pfaffinger, Florina Vilgertshofer, Christiane Metz, Dardan Kolic, Michaela Mayer, Dieter Janecek, Michael Gaertner, Christina Stiemer, Christian Hartranft, Christina Wildberger, Ludwig Sporrer, Lendita Musliji, Nimet Gökmenoglu, Michael Schelle, Gudrun Lux, Mia Peters, Markus Försch, Susanne Herrmann, Florian Siekmann, Sven-Torsten Gigler, Bakir Lemes, Harald Schmitt, Sebastian Schmitt, Roland Barfus, Gerhard Pfaffinger, Gabriele Masch

Antrag

Initiator*innen:

Titel: Keine weitere Stigmatisierung von Geflüchteten in München

Antragstext

1 Liebe Mitglieder der Stadtratsfraktion Die Grünen – Rosa Liste,

2
3 wir stellen den Antrag zur Ablehnung der von der Bayerischen Landesregierung für
4 ANKERzentren und Anschlußunterkünften beschlossenen Bezahlkarte für dezentrale
5 Unterkünfte in München. Gleichzeitig möchten wir die Schaffung einer
6 alternativen Zahlungsmethode für dezentrale Unterkünfte anregen, die die
7 Verwendung von Bargeld ermöglicht. Diese Maßnahme ist von entscheidender
8 Bedeutung, um die Würde und die soziale Integration schutzsuchender Personen zu
9 wahren sowie potenzielle negative Auswirkungen, wie Stigmatisierung und die
10 Förderung von kriminellen Handlungen, zu vermeiden.

11
12 Wir fordern, dass die Stadtratsfraktion Die Grünen – Rosa Liste die Einführung
13 der geplanten Bezahlkarte der Bayerischen Landesregierung für dezentrale
14 Unterkünfte in München ablehnt. Stattdessen soll eine alternative
15 Zahlungsmethode eingeführt werden, die die Verwendung von Bargeld ermöglicht, um
16 die genannten Probleme zu vermeiden.

17
18 Wir schlagen vor, dass die Stadt München in Zusammenarbeit mit relevanten
19 Organisationen und Experten eine Lösung entwickelt, die sicherstellt, dass
20 schutzsuchende Personen ihre täglichen Bedürfnisse auf respektvolle und
21 integrative Weise decken können, ohne stigmatisiert zu werden oder in illegale
22 Aktivitäten gedrängt zu werden. Als Beispiel könnte die SocialCard aus Hannover
23 dienen. Warum ist es so wichtig für Asylsuchende? Es geht hier um Menschen in
24 Notsituationen, denen wir Teilhabe ermöglichen müssen, gleichzeitig wollen wir
25 den Verwaltungsaufwand bei den Sozialleistungen reduzieren. Die SocialCard
26 basiert auf einer herkömmlichen Visa Debitkarte, ist sofort einsetzbar und wird

auf Guthabenbasis geführt, sodass nur die Stadt das Guthaben buchen kann.
Beispiel: Die Stadt Hannover, eine der ersten Kommunen in Deutschland hat die SocialCard für Asylsuchende eingeführt zusammen mit dem Unternehmen Publk GmbH. Wir wollen, dass auch München die SocialCard einführt, nur so können wir Menschen in Notsituationen helfen und gleichzeitig wollen wir eine moderne und innovative Kommune werden.

Wir hoffen auf eure Unterstützung bei diesem wichtigen Anliegen und stehen zur Verfügung, um weitere Informationen bereitzustellen oder an einer konstruktiven Diskussion teilzunehmen.

Die Stadtversammlung lehnt den bayerischen Sonderweg einer Bezahlkarte für Geflüchtete, die auf Abschreckung ausgerichtet ist ab.

Die Bayerische Staatsregierung macht mit ihrer schnellen Ausschreibung einen bundesweiten Alleingang, ohne Expert*innen, Sozialverbände und Kommunen mit einzubeziehen.

Die Fraktion Die Grünen- Rosa Liste im Stadtrat wird aufgefordert, sich für folgende Punkte im bayerischen Städtetag einzusetzen:

- Die Entwicklung einer alternativen Zahlungsmethode, welche die Abhebung von Bargeld in frei wählbarer Höhe ermöglicht, wird bayernweit eingefordert. Dabei sollen kommunale Vergleiche mit „best practice“ Beispielen wie der social Card in Hannover herangezogen werden.

Diese lässt sich nicht von "normalen Bankkarten" unterscheiden und wirkt so nicht spaltend/ ausgrenzend.

- Überweisungen und Online Einkäufe müssen auch Geflüchteten ermöglicht werden.

- Die Staatsregierung wird aufgefordert, mit den Kommunalverwaltungen und Sozialverbänden gemeinsam an einer guten, bürokratiearmen Lösung für den Verwaltungsvollzug zur Ausgabe der Bezahlkarten zu arbeiten.

- Die Fraktion lässt prüfen, inwiefern eine Einführung der Bezahlkarte in München/ von den Kommunen abgelehnt werden kann.

Begründung

Begründung für die Ablehnung:

1. Stigmatisierung: Die Einführung einer Bezahlkarte könnte zu einem Stigma für die Personen in städtischen Unterkünften führen. Die öffentliche Kenntnis darüber, dass bestimmte Bevölkerungsgruppen diese Karte

verwenden müssen, könnte zu Ausgrenzung und Diskriminierung führen. Dies könnte das soziale Gefüge in der Gemeinschaft beeinträchtigen und den Integrationsprozess der Schutzsuchenden erschweren.

2. Kriminalitätsförderung: Die Beschränkung auf eine elektronische Bezahlkarte könnte dazu führen, dass Menschen gezwungen sind, Bargeld auf dem Schwarzmarkt zu beschaffen, um bestimmte Waren und Dienstleistungen zu erwerben. Dies könnte zu illegalen Aktivitäten führen und die Betroffenen in kriminelle Kreise drängen.

3. Entwürdigung der Schutzsuchenden Personen: Die ausschließliche Verwendung einer Bezahlkarte könnte als entwürdigend empfunden werden, da sie den Betroffenen ihre finanzielle Autonomie nimmt und sie auf eine bestimmte Form der Zahlung beschränkt. Dies könnte das Selbstwertgefühl und die Selbstbestimmung der schutzsuchenden Personen beeinträchtigen.

Antrag

Initiator*innen: Vorstand der GRÜNEN JUGEND München (dort beschlossen am: 27.01.2024)

Titel: “Innenstadt für alle!” zum Parteitagsschwerpunkt machen.

Antragstext

1 “Innenstadt für alle!” und damit die Frage nach der Umverteilung des
2 öffentlichen Raums, sowie der autoarmen Innenstadt, soll zum Schwerpunktthema
3 des nächst-möglichen geeigneten Parteitags von B’90/ Die GRÜNEN München (sollte
4 SA1 angenommen werden eines Debattenparteitags, sonst eines regulären
5 Stadtparteitags), i.e. im Juli 2024, gemacht werden, um eine breite Debatte –
6 über eine Rede und eine Gegenrede hinaus – zu ermöglichen, mit dem Ziel
7 möglichst breit getragene, konsequente Beschlüsse zu fassen.

Begründung

Straßenverkehr verursacht mehr als 34% der Münchner CO2-Emissionen. Lärmbelastung, Luftverschmutzung, Staus, vollgeparkte Straßen, Unfälle – all das kann durch weniger Autos reduziert werden. Auch die Zahl der Verkehrstoten kann reduziert werden im Sinne der Vision Zero. Wir sprechen uns für eine Umverteilung des öffentlichen Raums aus und kritisieren den aktuellen Status Quo des autozentrierten Münchner Verkehrs. Im Zentrum der Stadtgestaltung müssen Menschen und ihre Bedürfnisse stehen. Nicht alle Menschen können Autos nutzen, stattdessen brauchen wir offene Mobilitätsmöglichkeiten. Dazu gehören breitere Fußwege, die ohne Hürden mit Kinderwagen, Rollator oder Rollstuhl genutzt werden können. Und Sitzmöglichkeiten, um Pausen einzulegen. Davon profitieren nicht nur alte, mobilitätseingeschränkte und schwangere Menschen oder Kinder, sondern alle, die sich ohne Konsumzwang in der Innenstadt aufhalten wollen. Zusätzlich brauchen wir einen schnellen Ausbau von Radverkehr und ÖPNV.

Mit der Umverteilung des Raums können wir außerdem Synergien in der Klimaanpassung nutzen. Grünflächen statt Asphalt kann der Aufheizung des Bodens entgegenwirken und Bäume können dies

unterstützen und Schatten kühlende Schatten spenden. Des Weiteren hilft eine Reduzierung der versiegelten Fläche, die in Zukunft zu erwartenden Starkregen Ereignisse, besser abzufedern - Stichwort Schwammstädte.

Unser Ziel ist es, den motorisierten Individualverkehr in München drastisch zu reduzieren. Deswegen gibt es in unserer autofreien Innenstadt auch keine Ausnahmen für Anwohner*innen Autoverkehr, sowie die Nutzung von E-Autos und das Angebot von Carsharing. Nur so kann München seine Klimaziele einhalten, sowie gerechter, inklusiver und lebenswerter gestaltet werden.

Unterstützer*innen

Mia Peters, Lukas Spanier, Harald Rank, Martina Schories, Joachim Weiss, Jörg Spengler, Irmgard Pfaffinger, Barbara Baums, Verena Pawlowski, Angela Büttner, Bakir Lemes, Peter Heilrath, Harald Schmitt, Arya Gruber, Lorenz Stradtner, Maria Kolafa, Andrea Grahm, Robert Sbick